F 5931 E Juni 6/1995

EAK Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

50 Jahre CDU –
Politik im Dienste der Menschen

Kai-Uwe von Hassel

Als - am 8. Mai - „das ganze Halt" geblasen wurde, begann der neue Abschnitt, der lang ersehnte. Er lehrte uns zunächst Geduld: Auf dem Wege in eine unbekannte Gefangenschaft, beim Warten am Stacheldraht, bei der Aussortierung derer, die bald, andere später, die dritten irgendwann den Weg in die Heimat oder was von ihr geblieben war, antreten könnten. Dort schließlich angelangt, begann die Zeit, in der das Wort Arbeit griff.

Die Heimat war anders geworden. Sie zwang uns alle zu neuem Denken. Das Volk war durcheinandergewirbelt. Da war der Ausgebombte und der Vertriebene, der Flüchtling, der Verwundete, der Heimatlose. Da war die mutlose, zum Teil letharge Masse; sie war auf der Wanderschaft, auf der Suche nach den Resten der Familie, nach Wohnung, Arbeit, nach Schulen für die Kinder; vor allem aber auch nach etwas zum Essen.

Die Heimat war plötzlich in Länder gegliedert. Von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen zu fahren, bedeutete, eine Grenze zu überschreiten. Ganz Deutschland war in Besatzungszonen geteilt. Die Rechtsordnung bei den Amerikanern galt nicht bei Briten oder Franzosen. Ihre Zonen waren voneinander abgeriegelt. Es war das erste der großen Wunder, daß sich in diesem Chaos Menschen fanden, die kühlen Kopf behalten hatten, die in dieses Chaos Ordnung zu bringen trachteten, die Menschen suchten, die ihnen gleich oder ähnlich dachten und bereit waren, das Wagnis zu unternehmen.

Kerne gleicher Grundauffassung

Und so geschah es: Bei uns in Schleswig-Holstein, an Rhein und Ruhr, im Westen und im Süden und in Berlin. Die Menschen gliederten sich um Kerne gleicher Grundauffassung: Hier Christen, dort Sozialisten, die Liberalen. Vereinzelt traf man parteipolitische Orientierung der Konservativen - vor allem in ehemals preußisch-evangelischen Landen; links waren angesiedelt Kommunisten, vor allem in demontierten Industriezentren oder Hafenstädten. Radikale am rechten Rand waren Einzelerscheinungen.

Unsere Geschichte, die der christlichen Demokraten, ist in den großen Zügen bekannt. Sie ist aber, leider, nicht mehr Allgemeingut. Vor allem hat man die Grundsätze vergessen. Grundsätze zu bewahren, setzt voraus, daß man sich immer wieder ihrer erinnert, sie zum Gegenstand des ständigen Nachdenkens macht. Und Nachdenken ist ja doch Arbeit; und Arbeit ist unbequem. Zuschauen im Fernsehen ist leichter als eben nachdenken, das zur Arbeit an ei-

Verantwortung für Deutschland und Europa

Themenschwerpunkt Gentechnik

Beiträge von:

Bundesminister Jochen Borchert 4

Hans Schmiedehausen 7

Karl-Dieterich Pfisterer 10

nem selbst zwingt. Nachdenken bedeutet eben auch, daß man viel liest, daß man die Erinnerungen Adenauers zur Hand nimmt, daß man den großen Hermann Ehlers mit seinen Reden und Aufsätzen studiert, seinen Gedanken nachgeht und bereit ist, seine Mahnungen im eigenen Gehirn zu speichern und sie wieder abruft, wenn man sie für die eigene Entscheidung braucht. Der Christ sollte Ludwig Erhard lesen, dann begreift er täglich, wieso sein Konzept Soziale Marktwirtschaft und nicht Marktwirtschaft heißt.

Politiker der ersten Stunde: Dr. Ludwig Erhard und Dr. Konrad Adenauer

Das Phänomen dieser Jahre 1945 und danach ist, daß sich überall Christen in die gemeinsame Richtung aufmachten, wir evangelischen und die katholischen. Gemeinsam, jenseits des Streites aus dem vergangenen Jahrhundert, der sich zunächst in unserer Zeit fortsetzte. Wir norddeutschen Protestanten haben uns durchaus schwer getan, uns mit den Katholiken zusammenzufinden. Wir haben aber mit viel Nachdruck auf jene einzuwirken versucht, die mit viel Wenn und Aber zunächst den Prozeß nicht förderten, zu einer großen christlichen Partei zusammenzufinden. Die Widerstrebenden im Norden, aus dem ich komme, hielten sich bis in das Jahr 1955. Starke Bestrebungen gingen damals von Niedersachsens Deutscher Partei aus; von dort versuchte man, in Norddeutschland aus DP und CDU eine norddeutsche Union zu gründen, die eben gedacht war als eine homogene protestantische Partei.

Hermann Ehlers, der Norddeutsche, am 29. Oktober 1954 verstorben, hat allen Unsinn in dieser Richtung verhindert. Nach seinem Tod meinte man, den Versuch zu einer norddeutschen Union nun starten zu können. Diesen Weg haben Protestanten in der CDU verhindert. Das Beispiel des verstorbenen Hermann Ehlers hatte eben doch einen klaren Grundstock geschaffen: **Christen müssen zusammenstehen**. Und der von ihm drei Jahre zuvor in Siegen gegründete evangelische Arbeitskreis war inzwischen ein vorzügliches Bollwerk gegen jene Bestrebungen zur Norddeutschen Union. Der Nachfolger im Vorsitz des EAK, **Robert Tillmanns**, hat bei einer großen Grundsatzaussprache in Kiel dem ganzen Spuk ein Ende gemacht. Kurze Zeit danach starb leider auch er.

Zusammenwachsen als Partei

Es ist eine Glanzleistung, daß schon in der zweiten Legislaturperiode von Parlament und Regierung die christlichen Demokraten aus den vielfältig gewachsenen deutschen Ländern zu einer geschlossenen Partei zusammenwuchsen. Dithmarscher sind anders als die Alemannen. Das evangelische Nordhessen ist anders als Fulda oder Limburg, Berlin anders als das Sauerland. Vielfältige Landsmannschaften, unterschiedliche geschichtliche Entwicklung, regional gewachsene Konfessionen, eingesprengte Minderheiten in ansonsten homogenen Landesteilen waren genauso zusammengewachsen wie Einheimische, dazwischen Vertriebene und Flüchtlinge aus Ostpreußen, Schlesien, dem Sudetenland oder aus Rußland. Christen - und auch Nichtchristen - fanden sich zusammen.

Ich gebe zu, daß ich in der ersten Dekade zuweilen bei Personalfragen auch Schwierigkeiten hatte. Unsere katholischen Freunde haben uns zuweilen nicht so ganz verstanden, wenn wir in Personalfragen versuchten, eine Position auch mit Protestanten zu besetzen. Das lag zuweilen auch an uns, die wir in der Frage der Pflege personellen Nachwuchses eben nicht die lange Erfahrung unserer katholischen Freunde hatten. Jetzt aber ist das alles ausgeräumt. Es ist nur noch historische Reminiszenz.

Aufgaben des EAK

Protestanten müssen sich dabei vor Augen halten, daß wir ohne die sehr viel breitere Bereitschaft der katholischen Christen nie die Kraft erreicht hätten, die sehr bald CDU und CSU prägte. Unser Bemühen wäre, wenn wir Protestanten allein geblieben wären, sehr bald im Strom unserer Zeit untergegangen. Vielleicht wäre das Zentrum wieder aufgeblüht. Eine große christliche Partei, die überall, auch in den von Hause aus protestantischen Ländern, für die Menschen hätten wirken können, hätte es nicht gegeben.

Wir Protestanten haben das Glück gehabt, in den Aufbaujahren der Republik große Persönlichkeiten in der vorder-

sten Front gehabt zu haben; Hermann Ehlers und Ludwig Erhard, Robert Tillmanns und Gerhard Schröder, Zillien, Lemmer, Bach, vor allem aber auch unsere Präsidenten Richard von Weizsäcker und sehr früh schon Roman Herzog. Und beigetragen hierzu hat auch der evangelische Arbeitskreis, der den Evangelischen eine Plattform gab, die ihnen besondere Geborgenheit vermittelte.

Durch das Zusammenleben der Christen beider Konfessionen in einer großen Partei war fünf Jahrzehnte lang die **CDU die prägende Kraft**. Sie hat alle großen Gesetze durchgebracht: Die Einordnung Deutschlands in die Friedensallianz der Freien Welt, die Garantie für Sicherheit und Freiheit, die soziale Marktwirtschaft, die seit der Wende die Welt nachzuahmen versucht. All das dient dem Wohlergehen, der Zukunft unserer Menschen. Die CDU hat gegen den Willen der Sozialdemokraten eine Sozialordnung geschaffen, die der objektive Beobachter als die beste der Welt einordnet. Die dazu erlasssenen Gesetze tragen alle unsere Handschrift. Uns kann eigentlich mit Stolz erfüllen, daß wir so den Bürgern ein lebenswertes Leben ermöglichten.

Der christliche Demokrat muß sich aber vor Augen halten, daß das Erreichte, so eindrucksvoll es ist, sich nicht von selbst erhält. Wenn wir uns nicht auch in Zukunft wie in den vergangenen 50 Jahren unablässig um den Staat bemühen - so wie es uns Hermann Ehlers immer und mit Nachdruck gesagt hat - werden unsere Republik und seine Bürger in Not geraten. Ein fester Staat, als Demokratie solide gefügt, ein Rocher de bronce in Europa, wird nur Bestand haben, wenn sich Christen beider Konfessionen zu Gemeinsamkeiten bekennen und danach handeln. Dazu gehört aber auch, darüber nachzudenken, was konservativ heißt. Es bedeutet nämlich, das **Bewahren des Bewahrenswerten und seine Entwicklung in die Zukunft**. Dann bewältigen wir auch das nächste halbe Jahrhundert. Konservativ ist kein Schimpfwort, es ist ein Markenzeichen. ■

Anm.:
Kai-Uwe von Hassel
ist Bundestagspräsident a.D.

Zur Geschichte der CDU – Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik?

Albrecht Martin

Ob die Wertmaßstäbe des Christentums in die Politik eingeflossen, Entscheidungen beeinflußt haben und für die Geschichte der CDU Bedeutung erlangt haben, das ist eine Frage des Standpunktes. Man kann, wie das der damalige Kirchenpräsident der Kirche in Hessen und Nassau, Martin Niemöller, getan hat, in der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 einen verhängnisvollen Fehler und ein Zeichen der Unbußfertigkeit sehen, und dann wird man Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik der CDU nicht wirksam finden. Ist man jedoch anderer Meinung, dann wird man, sofern man selbst Christ ist, jedenfalls keinen eklatanten Gegensatz zwischen Maßstäben des Christentums und praktischer Politik der Union sehen. Die Einschränkung, daß dieses Urteil nur ein Christ fällen könne, hat darin ihren Grund, daß auch der Nichtchrist die Politik der Union gutheißen kann, ohne aber daran interessiert zu sein, welche sittlichen Maßstäbe dieser Politik Orientierung geben. Wenn es offensichtlich wäre, daß Wertmaßstäbe des Christentums die Politik der CDU bestimmten, dann müßten alle Christen Anhänger der Union sein. Da das offensichtlich nicht der Fall ist, hat entweder die Union es nicht vermocht, die Grundlagen ihrer Politik hinreichend deutlich zu machen, oder man ist sich unter den Christen nicht einig darin, welches denn die politisch relevanten Wertmaßstäbe des Christentums seien.

Wie die neuere Parteiengeschichte in einigen Nachbarländern zeigt, wächst die Neigung, auf den Bezug zum Christentum in Namen und Programm der Partei zu verzichten. Auch in der Union gab es, vor allem im Zusammenhang mit der Neuformulierung des Grundsatzprogrammes, Überlegungen in diese Richtung, und von politischen Gegnern der Union wird ihr seit jeher das Recht zu der Bezeichnung als „christlich" bestritten. Daß CDU und CSU nicht nur beim Namen blieben, sondern sich in ihrem Programm ausdrücklich auf das christliche Menschenbild beziehen, hat in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft Bedeutung, der nachzugehen sich lohnt.

Der Christ weiß etwas von der Gotteskindschaft des Menschen, die Verfassung spricht von der Würde des Menschen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu sichern und zu fördern ist Ziel allen staatlichen Handelns." Wirksam wird dieser Verfassungsgrundsatz auf allen möglichen Gebieten; es handelt sich um Würde, nicht um einen woran immer gemessenen Wert des Menschen, auch nicht um einen eventuellen gesellschaftlichen Wert. Dieser Grundwert kann durchaus mit anderen Werten in Konflikt geraten. Sehe ich z.B. das Leben als der Güter höchstes an, dann werde ich bei der Entnahme von Organen zur Transplantation zur Rettung von Menschenleben geringere Skrupel haben: Oder ich kann das Selbstbestimmungsrecht des Menschen und seinen Schutz vor schweren Belastungen als wesentlichstes Merkmal der Menschenwürde ansehen, dann werde ich leichter einer Fristenlösung zustimmen.

Zur Würde des Menschen gehört, daß er verantwortlich ist. Das gilt ja nicht nur in seinem Verhältnis zu Gott, sondern ganz gewiß auch für sein Dasein innerhalb der Gemeinschaft, für seine Existenz als Bürger. Staatliche Ordnung, d.h. aber die Gesetzgebung, muß daher den Menschen in seiner Verantwortlichkeit, ernstnehmen. Lasse ich ihn in großer sozialer Not, dann kann das seine Würde verletzen, mache ich ihm zum Objekt umfassender staatlicher Fürsorge, dann verletzt das auch seine Würde. Es ist leicht einzusehen, daß das erhebliche Konsequenzen für die gesamte So-

zialordnung hat. Im Strafrecht kann die Würde des Menschen tangiert sein, wenn eine Tat nur als Ergebnis gesellschaftlicher Unzulänglichkeiten erscheint und die Verantwortung des Täters nicht mehr in den Blick kommt.

Der Mensch ist nicht vollkommen, sondern im Gegenteil zum Bösen fähig und bereit. Und wenn er nicht ausgesprochen böse handelt, so irrt er doch oft und bewirkt dann Unvollkommenes oder gar Schlimmes. Jede gesellschaftliche oder staatliche Ordnung, die das außer acht läßt und sich zum Ziel eine vollkommene Welt setzt, ist daher unannehmbar. Also muß eine Ordnung, die von diesem Menschenbild ausgeht, Instrumente vorsehen und bereithalten, die Irrtümer möglichst vermeiden und Möglichkeiten zur Korrektur eröffnen, also: frei gewählte Parlamente, Gewaltenteilung, freie Presse und unabhängige Gerichte. Solche Einrichtungen arbeiten oft umständlich und im Ergebnis manchmal unbefriedigend, aber man soll sehr vorsichtig damit umgehen.
Lebhaft erinnere ich mich an ein Gespräch mit dem langjährigen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmeier, in dem er die drei hervorragendsten Ziele deutscher Politik in ihrer Rangfolge und in ihrer Zuordnung zueinander umriß: Freiheit, Friede, Einheit. Auch da wird von Christen gefragt: Ist nicht der Friede als Voraussetzung des Lebens der Freiheit vorgeordnet? Aber es ging ja nicht um eine Alternative Frieden oder Freiheit, sondern immer nur um den Frieden in Freiheit, und beides zu gewährleisten, war Inhalt und Ziel der Sicherheitspolitik der CDU. Nun hat man, besonders zu Zeiten entsprechender sowjetischer Initiativen, gefragt, ob die Union - und besonders Kanzler Adenauer - nicht zu starr die Bewahrung der Freiheit im Auge behabt habe, und zwar die Freiheit im Sinne der westlichen Demokratien, daß darüber möglicherweise die Chance der Einheit verspielt worden sei; man denkt z.B. an die Stalin-Note vom März 1952. Aber das ist ja nun damals wie heute die Frage, und sie wird uns Deutschen durch die eigene Geschichte in diesem Jahrhundert besonders bedrängend nahgelegt, - es ist die Frage, ob man hinsichtlich der Bewahrung der Freiheit auch nur das geringste Risiko eingehen darf. Jedenfalls halte ich es für höchst gefährlich, bei der Beurteilung der großen totalitären Ideologien unseres Jahrhunderts von den von ihnen praktizierten Herrschaftsstrukturen abzusehen und andere Maßstäbe gelten zu lassen. Es ist doch eine immer wieder bestätigte Erfahrung, daß dort, wo die Freiheit des Menschen durch ein politisches System beschädigt wird, sich auch sogenannte soziale Errungenschaften sehr bald als Danaergeschenke erweisen. Diese Erfahrung wird ein Politiker, der sich an den Wertmaßstäben des Christentums zu orientieren sucht, sehr wohl beachten.

Im Gedanken der Zusammenarbeit der beiden Konfessionen gingen die Politiker den Vertretern der Kirchen weit voran. Es ist sehr zu fragen, ob ohne die Union wir in Deutschland in der Ök[illegible]mene so weit wären, wie wir sind. Jedenfalls ist es interessant zu sehen, daß auf der Ebene der Gemeinden das Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen meist erfreulich sich gestaltet, während man sich in der Frage der Lebensunterschiede kaum nähergekommen ist. In den Zusammenhang mit der Bedeutung christlicher Wertmaßstäbe für politisches Handeln gehört jedenfalls auch diese Erfahrung. ■

Gentechnologie – Chancen und Risiken

Jochen Borchert

Gentechnik gilt unter Experten als die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Was ist das Neue an dieser Technik? Inwiefern ist sie eine Schlüsseltechnologie? Und: Wollen wir sie überhaupt, wofür brauchen wir sie?

Die letzte Frage wird gerade in der Diskussion um die Zukunft des Standortes Deutschland oft mit dem Hinweis auf den wirtschaftlichen Entwicklungstrend der Bio- und Gentechnologie beantwortet. Erreichte der Weltmarkt-Umsatz in diesem Sektor 1991 noch 6 Milliarden US-Dollar, so sind es derzeit rund 50 Milliarden und im Jahr 2000 werden es Prognosen zufolge 150 Milliarden sein.

Aber unabhängig vom möglichen ökonomischen Nutzen: Am Anfang dieser Diskussion muß die Frage der ethischen Verantwortbarkeit stehen.

Eine ernsthafte Beschäftigung mit dieser Frage erfordert, die Grundlagen dessen, worüber gesprochen wird, zu klären. Gentechnik ist ein Teilbereich der Biotechnologie. Seit den Anfängen von Ackerbau und Viehzucht gehört die Biotechnologie zur menschlichen Kulturentwicklung.

Biotechnologische Verfahren ermöglichen z.B.

- durch Selektion und Kreuzung die Entstehung der heutigen Kulturpflanzen und Nutztiere;
- die Verwendung und Weiterentwicklung verschiedener Hefestämme für die Herstellung von Brot, Bier und Wein;
- die Nutzung verschiedenster Bakterien- und Pilzarten beispielsweise für die Produktion von Käse, aber auch für die Gewinnung vieler Arzneimittel wie etwa dem Penizillin.

Neukombination, Auslese und Vermehrung der jeweiligen Leistungsträger, das war über Jahrtausende hinweg das Grundprinzip der Züchtung. Die Erfolge kennen wir, aber wir wissen auch: Wir haben hierfür Jahrzehnte und Jahrhunderte gebraucht.

Dies änderte sich durch den Methodensprung in der Biotechnologie - mit der

Gentechnik. Vor rund 50 Jahren fanden Forscher heraus, daß sich in den Zellen eines jeden Lebewesens - ob Mensch, Tier, Pflanze oder Bakterien - eine bestimmte chemische Struktur, die DNS (Desoxyribonukleinsäure), als Träger der Erbinformation befindet. Da ihre „Geheimsprache", der sogenannte genetische Code, bei allen Lebewesen gleich ist, kann die Erbsubstanz auch über Artgrenzen hinweg übertragen werden.

Mit Hilfe der Gentechnik können im Prinzip einzelne, in ihrer Funktion bekannte Gene von jedem beliebigen Ausgangsorganismus in jeden beliebigen Empfängerorganismus eingebaut werden. Und in dieser Möglichkeit, nicht aber in der seit jeher erfolgreichen menschlichen Einflußnahme auf den Gang der Evolution, liegt die eigentliche neue Dimension der Gentechnologie. Eine Dimension, die zugleich deutlich werden läßt, daß dieser wissenschaftliche Fortschritt ungeahnte Chancen, aber auch Risiken in sich birgt.

Von daher ist es verständlich, daß dieses scheinbar restlose Aufdecken der „geheimnisvollen" Vorgänge des Lebens und der Vererbung, vor allem die erweiterten Möglichkeiten, sie zu beeinflussen, ja zu steuern, Hoffnungen, aber auch Ängste weckt.

Hoffnungen und Ängste

Hoffnungen, die zum Teil schon realisiert sind - wie in einigen Bereichen der Humanmedizin: Bakterien können z.B. gentechnisch so verändert werden, daß sie durch ihre Stoffwechselleistung Substanzen für Arzneimittel produzieren, die sonst gar nicht oder nur sehr aufwendig herstellbar sind.
Ein weithin bekanntes Beispiel ist Insulin, das früher aus den Bauchspeicheldrüsen von Schweinen und Rindern gewonnen wurde, nun aber durch gentechnische Verfahren in großen Mengen und für viele Zuckerkranke verträglicher und wirksamer hergestellt werden kann.
Ein anderes Beispiel ist ein gentechnisch hergestelltes Blutgerinnungsmittel, mit dem Bluter behandelt werden. Das gentechnisch produzierte Mittel reduziert die Risiken der Spenderblutübertragung auf Null.

Wissenschaftler gehen davon aus, daß die Gentechnologie, z.B. die somatische Gentherapie, bei vielen anderen Erbleiden oder Volkskrankheiten, wie z.B. Multipler Sklerose und Krebs, aber auch bei AIDS Hilfe bringen kann.

Bundesminister Jochen Borchert: Neben intensiver Forschung auch offene Diskussionen führen

Somatische Gentechnologie

Soweit die - berechtigten - Hoffnungen. Mit gentechnischen Eingriffen an menschlichen Zellen sind aber auch Ängste verbunden. So wird befürchtet, daß dem Menschen durch „Klonen" die Individualität genommen wird oder er durch Manipulation am Ergbut zum Objekt züchterischer Versuche gemacht werden könnte. Daß dies stets und mit allen Mitteln ausgeschlossen bleiben muß, bedarf für mich keiner Diskussion. Segen hingegen bringt die **somatische Gentherapie**. Bei ihr werden spezifische Gene auf menschliche Zellen mit dem Ziel übertragen, entweder defekte Gene zu ersetzen oder das körpereigene Abwehrsystem zu stärken. Entscheidend ist, daß hierbei nur die menschlichen Körper-, nicht aber Keimbahnzellen behandelt werden. Damit ist ausgeschlossen, daß die genetischen Veränderungen an die Nachkommen weitergegeben werden. Diese Form der Therapie hat also nichts mit „Menschenzüchtung" zu tun.

Auch andere Anwendungsbereiche treffen in der Bevölkerung auf Vorbehalte, beispielsweise, daß durch die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ungewollt Pflanzen, Tiere und letztlich auch Menschen einem Risiko ausgesetzt werden könnten.

Dialog mit den Kirchen

Weil viele dieser Ängste mangelndem Wissen entspringen, unterstütze ich die Forderung der EKD nach umfassender Aufklärung und einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zu diesem Thema nachdrücklich. Der EAK sollte sich hierbei durch den Dialog mit den Kirchen einbringen und so mithelfen, praktikable Antworten zu finden.

Verantwortlich handeln

Damit sind wir wieder bei der zentralen Frage der ethischen Verantwortbarkeit von Gentechnologie. Dürfen wir die Möglichkeit, daß der Mensch tiefer als bisher in das Naturgeschehen eingreift, nutzen? Und wenn ja, zu welchem Zweck? Wo liegen dann die Grenzen? Oder ist diese Form menschlicher Einmischung in die Evolution von vornherein verboten? Widerspricht dies grundsätzlich dem Anliegen, das Schöpfungswerk Gottes zu respektieren und bewahren?

Natürlich wäre es zu einfach zu sagen, daß auch der Mensch und seine Kreativität, sein Forschungsdrang, seine wissenschaftliche und technische Fähigkeit Teil dieses Schöpfungswerkes ist. Nein, es bleibt dem Menschen selbst die Verantwortung auferlegt zu entscheiden, wie er seine Fähigkeiten einsetzt.

Der Philosoph Hans Jonas hat in seinem Buch „Das Prinzip Verantwortung" die Maxime formuliert, daß wir in der heutigen Welt eine Handlung unterlassen müssen, wenn begründete Zweifel be-

stehen. Dem ist entgegenzuhalten, daß nicht nur unser Tun, sondern auch das Unterlassen Konsequenzen hat. Angewendet auf die aktuelle Gentechnik: Es genügt nicht, immer nur zu prüfen, welche Risiken theoretisch mit der Gentechnik verbunden sein könnten. Man muß mit derselben Sorgfalt die Frage auf den Prüfstand bringen, welche Versäumnisse wir in Kauf nehmen, wenn wir auf Gentechnik verzichten wollen. Wäre dies überhaupt zu verantworten, wenn man weiß, welche Segnungen sie in der Human- und Tiermedizin schon gebracht hat oder - wie bei der Krebstherapie - noch zu bringen verspricht? Können wir auf sie z.B. in der Landwirtschaft verzichten, obwohl wir heute schon wissen, daß wir ihr bessere Möglichkeiten verdanken, die Umwelt zu schonen und endliche Ressourcen zu sparen?

Wer nur auf die Risiken technologischer Entwicklung fixiert ist, tut sich schwer, verantwortlich im Sinne des Ganzen zu handeln. Ich meine, daß in bezug auf die Gentechnologie ein grundsätzlicher Verzicht ebensowenig verantwortungsbewußt ist, wie blinder Fortschrittsglaube und Sorglosigkeit im Umgang mit ihr.

Einsatzmöglichkeiten von Gentechnik

Unser biblischer Auftrag lautet „Bewahrung der Schöpfung". Schon von daher ist vorgegeben, daß nicht alles, was gentechnologisch machbar wäre, auch umgesetzt werden darf. Die Frage des Einsatzes von Gentechnik muß vielmehr differenziert nach ihren Anwendungsbereichen, den jeweils verfolgten Zielen und den möglichen Nebenwirkungen beantwortet werden.

Prioritäten setzen

Ich möchte im folgenden einen an die Thesen von **Klaus Hahlbrock** angelehnten Denkansatz zur Diskussion stellen:
Hinsichtlich der Ziele wird man sich leicht auf folgende Prioritätenliste einigen können:

1. Schutz der Biosphäre in Verantwortung für die nachlebenden Generationen
2. Sicherstellung und Verbesserung der menschlichen Ernährungsgrundlagen unter quantitativem und qualitativem Aspekt
3. Erhaltung und Förderung der menschlichen Gesundheit
4. Wahrung der Menschenwürde in jeder weiteren Hinsicht
5. Schutz der biologischen Vielfalt, insbesondere Artenschutz und Tierschutz.

Diese Punkte legen die Ziele fest, denen Gentechnik - soll sie eingesetzt werden - dienen muß. Aus ihnen läßt sich zugleich auch herleiten, wo gentechnologischen Verwendungen Grenzen gesetzt werden müssen. Anhand der oben genannten Prioritätenliste kommt man meines Erachtens zu folgenden Grundforderungen:

- Gentechnik sollte prinzipiell nur dann eingesetzt werden, wenn ein Vorteil für mindestens einen der oben erwähnten fünf Punkte erreicht werden kann,
- Gentechnik darf nicht angewandt werden, wenn ein solcher Vorteil mit einem Nachteil für eines der jeweils übergeordneten Kriterien verbunden ist.
- Ist ein Vorteil mit einem beträchtlichen Nachteil für einen der nachgeordneten Punkte verbunden, sind beide aufs sorgfältigste gegeneinander abzuwägen, bevor die Gentechnik in diesem Anwendungsgebiet eingesetzt werden darf.
- In jedem Fall muß bei der Gentechnologie die sichere Handhabung dauerhaft garantiert sein.

Ich möchte diese Grundforderungen anhand einiger Beispiele verdeutlichen.

- Der Gedanke der „Menschenzüchtung" mit Hilfe von Gentechnik ist ohne Wenn und Aber abzulehnen, denn er verstößt gegen Punkt 4 (Menschenwürde) und nützt keinem der übergeordneten Kriterien.
- Die somatische Therapie dient dagegen dem Punkt 3 (menschliche Gesundheit) und widerspricht keinem der übrigen Kriterien.
- Die Insulinproduktion dient ebenfalls dem Punkt 3 und beeinflußt lediglich die hierzu verwendeten Bakterienstämme. Diese sind aber außerhalb des Labors nicht lebensfähig, so daß keinerlei Nachteil für die vier anderen Punkte besteht.
- Die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen, beispielsweise von Kartoffeln oder Zuckerrüben, dient dem Punkt 2 (menschliche Ernährung), könnte aber in Konflikt zu Punkt 5 (Schutz der biologischen Vielfalt) geraten. Für die Abwägung ist wichtig zu wissen, daß gentechnisch veränderte Nutzpflanzen ohne menschliche Pflege den entsprechenden Wildformen an Vitalität weit unterlegen sind und deshalb so gut wie keine Chancen haben, sich unkontrolliert ausbreiten zu können.

Trotz dieser übersichtlichen Beurteilungskriterien: es ist mir natürlich bewußt, daß die Risikoabwägung eine in manchen Fällen schwierige Angelegenheit bleibt.

Sinnvolle Einsatzfelder

In meinem Ressort, also im Ernährungs-, Agrar-, Forst- und Fischereibereich, gibt es allerdings viele sinnvolle Forschungs- und Einsatzfelder für die neue Technologie, wo deren Verwendung als Mittel zum vernünftigen Zweck geradezu geboten erscheint:

- Die Abwehrkraft von Nutzpflanzen gegen Krankheiten und Schädlingsbefall wird durch gentechnische Übertragung von Resistenzen gesteigert. Das leistet einen wertvollen Beitrag zu Punkt 1 (Schutz der Biosphäre), da die Verwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt werden kann.
- Gelingt es, das Nährstoffaneignungsvermögen unserer Kulturpflanzen mit Hilfe der Gentechnologie zu verbessern, so dient das dem Schutz der Biosphäre (Punkt 1), da der Düngemitteleinsatz gesenkt und so eventuelle Umweltbelastungen reduziert werden. Damit sind ebenfalls Vorteile für die Punkte 2 und 3 (menschliche Ernährung und Gesundheit) verbunden.

- Unsere Kulturpflanzen sind ursprünglich rein auf die Nahrungsmittelproduktion hin gezüchtet worden. Sie besitzen deshalb nicht die bestmögliche genetische Basis für die Verwendung im Industrie- und Energiebereich. Auch hier kann Gentechnik zum Schutz der Biosphäre beitragen: indem bestimmte Pflanzen so für die Verwendung als nachwachsende Rohstoffe verändert werden, daß sie andere, aus endlichen Rohstoffen hergestellte, die Umwelt belastende Materialien ersetzen helfen.
- Auch im Bereich der Tiergesundheit (Punkt 5) eröffnet die Gentechnik neue Möglichkeiten: zum einen diagnostische Verfahren zur Früherkennung von Krankheiten und Krankheitsanfälligkeiten, zum anderen etwa die Entwicklung spezieller Impfstoffe zum Schutz vor Tierseuchen.

Schutzverpflichtung

Ich trete deshalb dafür ein, Forschung und Entwicklung in den Bereichen, die den entwickelten Kriterien entsprechen, weiterhin gezielt voranzutreiben. Bei den Anwendungen im Tierbereich muß sichergestellt sein, daß wir unserer Verantwortung gegenüber dem Tier als Mitgeschöpf gerecht werden. Tiere sind keine Sachen. Ich lehne es strikt ab, daß Tiere gezüchtet werden, die infolge gezielter gentechnischer Veränderungen leiden.

Vertrauen schaffen

Der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt muß in jedem Fall absoluten Vorrang haben. Das 1990 verabschiedete - inzwischen novellierte - deutsche Gentechnikgesetz verfolgt eine doppelte Zielrichtung: Festschreibung dieser Schutzverpflichtung und Absicherung des rechtlichen Rahmens zur Förderung der Gentechnologie. Das Gesetz geht dabei von dem Konzept der vorbeugenden Kontrolle aus.

Das Gentechnikrecht begegnet den Risiken durch Anmelde- und Genehmigungsverfahren, die eine vorsorgende und eingehende Sicherheitsprüfung zwingend vorschreiben. Sollen beispielsweise gentechnisch veränderte Organismen freigesetzt oder in Verkehr gebracht werden, so wird die Genehmigung nur dann erteilt, wenn für Mensch und Umwelt nachweislich keine Gefahr besteht. Für die Abwägung der Risiken ist es von Bedeutung, auch potentielle - auf Anhieb nicht erkennbare - Gefahren auszumachen. Eine sehr wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS), ein Gremium anerkannter Sachverständiger zur Beratung der Bundesregierung in Sicherheitsfragen der Gentechnik. Diese Kommission überprüft die Sicherheitsmaßnahmen für die beantragten gentechnischen Anwendungen und gibt die Sicherheitsbewertung bei Freisetzung und beim Inverkehrbringen ab.

Notwendige Vorkehrungen sind also getroffen. Jetzt geht es darum, unsere Bevölkerung davon zu überzeugen, daß bei jeglicher Verwendung gentechnisch veränderter Produkte höchste Sicherheit und der Schutz von Gesundheit und Umwelt gewährleistet ist.

Hierauf müssen die Bürgerinnen und Bürger vertrauen können. Als Verbraucher haben sie ein Recht darauf zu wissen, was mit der neuen Technologie auf sie zu- und auf den Tisch kommt. Denn ein Großteil der Produkte, die aus Anwendungen der Bio- und Gentechnologie resultieren, werden letztlich für den menschlichen Verzehr bestimmt sein.

Vertrauen setzt neben intensiver Forschung eine offene Diskussion, verstärkte Verbraucherinformation und natürlich entsprechende Kennzeichnungsregelungen voraus. Ich bin der Auffassung, daß wir auch in Deutschland Chancen und Risiken nüchtern abwägen und offensiv die Möglichkeiten nutzen sollten, die uns eine ethisch verantwortbare Bio- und Gentechnologie bietet. ■

Anm.:
Jochen Borchert ist Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Pflanzen als Lebewesen - Biblische Aspekte zwischen Nutzung und Achtung

Hans Schmiedehausen

Nach biblischer Überlieferung stehen die Pflanzen im Lebenszusammenhang aller Kreaturen. In der symbolischen Schöpfungserzählung von der Erschaffung der Welt in sieben Tagen wird das „Pflanzenreich" am dritten Tage erschaffen - nicht ohne aktive Beteiligung von „Mutter Erde": „Es lasse die Erde aufgehen Gras und Kraut, das Samen bringe, und fruchtbare Bäume auf Erden, die ein jeder nach seiner Art Früchte tragen ..." (1. Mose 1,11).

Nicht nur das Leben der Menschen und Tiere, auch das Leben der Pflanzen ist eine Gabe Gottes - dem Menschen anvertraut. Er kann damit nicht machen, was er will. Leben ist eine „heilige" Gabe Gottes, etwas Unverfügbares, immer vielmehr, als ein Mensch sich ausdenken kann. Leben ist kein molekulares Maschinchen, an dem er herumschrauben dürfte, wie es ihm gefällt. Das Leben jedes Grashalmes steckt voller Geheimnisse. Ernesto Cardenal sagte einmal: „Die ganze Schöpfung ist die Schönschrift Gottes; und in seiner Schrift gibt es nicht ein sinnloses Zeichen. Wir sind hineingestellt in diese Schöpfung, die ganz Mitteilung ist. Gott ist im Innersten allen Seins, und er ist auch in uns."

Im alltäglichen Getriebe nehmen wir die Wunder des Lebens allerdings kaum

noch wahr. Darin sehe ich die entscheidende Ursache der ökologischen Krise. Die Natur als Schöpfung Gottes ist aus unserem Blick geraten. Jetzt stehen wir als Menschen in der Versuchung zu meinen, wir könnten uns unabhängig machen von den natürlichen Grundlagen des Lebens. Am Ende muß sich zeigen, wie tief wir irren und wie sehr wir uns selbst und unseren Mitgeschöpfen schaden.

Pflanzen als Mitgeschöpfe

Wir sollten das Staunen wieder lernen. Dazu müßte sich sicherlich der Biologieunterricht grundlegend verändern. Aber auch die Bergpredigt könnte helfen: „Schaut die Lilien auf dem Feld an, wie sie wachsen: sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht. Ich sage euch, daß auch Salomo in aller seiner Herrlichkeit nicht bekleidet gewesen ist wie eine von ihnen" (Matthäus 6,25ff). Jesus meint vermutlich den herrlich roten Farbteppich, der in Galiläa nacheinander von Anemonen, Tulpen, Ranunkeln und Mohnblumen gebildet wird und den ganzen Frühling über zu bewundern ist. Seht sie an! Schaut hin! Nehmt wahr und staunt!

Feldblumensträuße in ihrer unnachahmlichen Pracht, je nach Jahreszeit anders in der Vielfalt, könnten auch uns erinnern an die Fülle der Arten in Gottes Schöpfung. Aber wo sind sie geblieben? Als Unkraut weggespritzt? Wie gedankenlos! Denn andernorts werden statt dessen in Monokulturen, unter Glas, mit hohem Energie- und Pestizideinsatz genormte Blumen wie Industrieartikel produziert und lieblos auf den Markt geworfen: Hunderte und Tausende von Sträußen auf einem Haufen, einer wie der andere, Dutzendware zu Schleuderpreisen, ohne Charakter und Gesicht. Und auch Millionen von hochgezüchteten Topfpflanzen wandern nach der Blüte ehrfurchtslos auf den Müll - Primeln im Frühjahr, Alpenveilchen im Hochsommer, Weihnachtssterne im Dezember. Selbst zu den Pflanzen im Hause fehlt oft jede lebendige Beziehung, sie gelten als Wegwerfware wie Papierservietten. Dennoch: Pflanzen bleiben Mitgeschöpfe, auch wenn sie mißbraucht werden. Zwar kann inzwischen bald jeder dumme Junge genetisch an ihnen herumbasteln, aber kein Professor kann eine machen. Leben liegt grundsätzlich jenseits menschlicher Möglichkeiten.

Nutzpflanzen

Allerdings haben die Menschen - solange wir zurückdenken können - beträchtliche Veränderungen ihrer Kulturpflanzen begünstigt und gefördert. Schon die alten Schöpfungserzählungen der Bibel setzen pflanzenzüchterische Eingriffe in die Flora voraus. Nicht ohne Grund hat das Symbol des Gartens die biblischen Vorstellungen vom Paradies geprägt: „Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn bebaute und bewahrte. Und Gott der Herr gebot dem Menschen und sprach: Du darfst essen von allen Bäumen im Garten, aber von dem Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen sollst du nicht essen" (1 .Mose 2,15ff).

Schon dieser Garten Eden ist kultivierte Natur. Gartenbau und wirklich genießbare Baumfrüchte setzen nach unserer kulturgeschichtlichen Kenntnis viele Jahrtausende menschlicher Bemühungen in der Auseinandersetzung mit der Natur und im Umgang mit Nutzpflanzen voraus.

„Du darfst essen von allen Bäumen im Garten" - im Blick auf die Früchte steht der Nutzwert für die Ernährung des Menschen ganz selbstverständlich im Vordergrund des Interesses. Pflanzen wurden in biblischen Zeiten mannigfaltig genutzt, nicht nur für Brot, Wein und Öl, Gemüse und Gewürze, sondern auch als Bau- und Brennholz, für Flachs und Leinen, für Körbe, Matten und Stricke, für Farb- und Duftstoffe, als Heilmittel, für Papier und vieles andere mehr. Trotzdem ist immer eine Grenze gesetzt. In der Erzählung vom Paradies heißt es: Von dem einen Baum sollst du nicht essen! Und im Doppelwort vom „Bebauen und Bewahren" steckt die ausgewogene Anweisung: Nutzen, aber nicht ausbeuten; bebauen, aber nicht verbauen; über dem Eigeninteresse die künftigen Generationen nicht vergessen und die Würde der Mitgeschöpfe achten. Nutzungsrechte sind keine Verfügungsrechte.

Die Bibel sieht die **Gefahren des Mißbrauchs** sehr realistisch. Der Mensch überschreitet die ihm gesetzten Grenzen und verliert den Garten Eden. Und dann: „Verflucht sei der Acker um deinetwillen! Mit Mühsal sollst du dich von ihm nähren dein Leben lang. Dornen und Disteln soll er dir tragen" (1. Mose 3,17).

Und dennoch bleibt der Boden fruchtbar. Nach der Sintflut hört Noah die Verheißung: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht" (1. Mose 8,27). Unglaub-

lich ist die Überlebenskraft der Natur. Selbst die grausamen Zerstörungsenergien des Atombombenangriffs auf Hiroshima beantwortete ein Gingko mit frischen Trieben im Frühjahr 1946. Er grünt bis heute.

Bäume

Bäume spielen in der Bibel eine besondere Rolle, obwohl jeder Götzendienst unter Bäumen streng verurteilt wird - vom gottlosen König Ahas wird beispielsweise voll Verachtung berichtet, daß er „unter allen grünen Bäumen" räucherte (2. Könige 16,4). Trotzdem: Wo Bäume wachsen, läßt sich gut wohnen. Im Hain Mamre schlug Abraham sein Zelt auf (1. Mose 13,18), unter diesen Eichen erschien ihm Gott in der Gestalt von drei Männern (1. Mose 18,1). In Beerscheba, wo der Streit um den Brunnen geschlichtet wurde, pflanzte Abraham einen Tamariskenbaum und ließ sich als Fremdling für lange Zeit nieder (1. Mose 21,33). Vor der Einwanderung in das Land Kanaan heißt es ganz selbstverständlich: „Wenn ihr in das Land kommt und allerlei Bäume pflanzt ..." (3. Mose 19,23).

Bäume rühmen die Herrlichkeit Gottes. Die Zedern des Libanon, „die er gepflanzt hat", stehen voll Saft (Psalm 104,16). Die Bäume im Walde „jauchzten vor dem Herrn" (Psalm 96,12), sie „klatschen in die Hände", wenn Gott zu seinem Ziel kommt (Jesaja 55,12). In der Vision vom neuen Jerusalem stehen reihenweise „Bäume des Lebens, die tragen zwölfmal Früchte, jeden Monat bringen sie ihre Frucht, und die Blätter der Bäume dienen zur Heilung der Völker" (Offenbarung 22,2).

Bäume leben lange. Darum wird auch die verheißene wunderbare Zukunft Israels mit ihnen verglichen: „Die Tage meines Volkes werden sein wie die Tage eines Baumes" (Jesaja 65,22). Immer wieder werden Bäume zu Symbolen: Wer der Thora nachsinnt, ist „wie ein Baum, gepflanzt an den Wasserbächen, der seine Frucht bringt zu seiner Zeit, und seine Blätter verwelken nicht" (Psalm 1,3). Die Traurigen zu Zion sollen sich freuen und genannt werden „Bäume der Gerechtigkeit, Pflanzung des Herrn" (Jesaja 61,3). Jeder „Gerechte", der an der Ehrenallee auf dem Wege zur Gedenkstätte von Jad-Waschem in Jerusalem einen Baum pflanzen darf, gibt in unseren Tagen diesem Gedanken neue Kraft.

Auch bittere Erfahrungen verbinden sich mit Bäumen. Hiob klagt: „Meine Hoffnung ist ausgerissen wie ein Baum" (Hiob 19,10). Die Bußpredigt Johannes des Täufers gipfelt in dem Wort: „Es ist schon die Axt den Bäumen an die Wurzel gelegt; jeder Baum, der nicht gute Frucht bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen" (Lukas 3,9).

Lukas überliefert allerdings auch das Gleichnis vom „unfruchtbaren Feigenbaum", der gefällt werden sollte: „Laß ihn noch dieses Jahr", sprach der Gärtner zu seinem Herrn, „bis ich um ihn grabe und ihn dünge; vielleicht bringt er doch noch Frucht" (13,8f). Auch Bäume brauchen bisweilen Geduld, und schon manche kränkelnde Zimmerpflanze hat treue Pflege wunderbar belohnt. Auch das gehört zum „Bauen und Bewahren".

In der Bibel steht die älteste „Baumschutzsatzung", ausgerechnet unter den Regeln zur Kriegsführung. Bei der Belagerung einer Stadt sollen die Fruchtbäume nicht verdorben oder mit Äxten umgehauen werden: „Die Bäume auf dem Felde sind doch nicht Menschen, daß du sie belagern müßtest! (5. Mose 20,20). Ein letzter Rest von „Ehrfurcht vor dem Leben" inmitten grausigen Umgangs der Menschen untereinander!

Ehrfurcht vor dem Leben

Leben ist die heilige Gabe Gottes in der Vielfalt der Schöpfung. Zum Staunen gehört die Scheu vor jedem unverantwortlichen Eingriff, auch vor rücksichtsloser Bearbeitung des Bodens in intensivierter Landwirtschaft. Von Franz von Assisi wird berichtet, er habe dem Bruder Gärtner befohlen, niemals die ganze Fläche mit eßbaren Kräutern zu bepflanzen, sondern immer einen Teil freizulassen, „damit da auch Gras Platz habe und zu jeder Jahreszeit unsere Schwestern, die Blumen, gedeihen können." In einer Veröffentlichung aus unseren Tagen heißt es: „Aus dem Respekt vor dem Gegebenen folgt die Regel: Überlege, was erhalten werden muß! Sei vorsichtig, langsam, nicht vorschnell! Tu kleine Schritte!"

Albert Schweitzer formulierte das Prinzip der „Ehrfurcht vor dem Leben": „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will." Ihm war völlig klar, daß diese Maxime in Schwierigkeiten führt, weil jeder Mensch auf tausend Arten mit anderen Lebenwesen im Konflikt steht und er immer wieder Leben vernichten und schädigen muß. Dennoch ist „Ehrfurcht vor dem Leben" für Schweitzer die Richtschnur, an der er stets von neuem messen will, was zu tun und zu lassen ist. Die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben ist eine Ethik der denkenden Konfliktbewältigung, die niemals endgültig an ihr Ziel kommen kann. In einem schlichten Beispiel macht Schweitzer klar, in welchen Bahnen er denkt, wie er Pflanzen durchaus in ihrem Nutzwert sieht und doch ihren Eigenwert nicht mißachtet: „Der Landmann, der auf seiner Wiese tausend Blumen zur Nahrung für seine Kühe hingemäht hat, soll sich hüten, auf dem Heimweg in geistlosem Zeitvertreib eine Blume am Rand der Landstraße zu köpfen."

Gentechnik

„Mit der Gentechnologie verfügt der Mensch über neue Möglichkeiten, durch gezielten Genaustausch über alle Artgrenzen hinweg die natürliche Evolution mit einer neuen Stufe der Geschwindigkeit und Direktheit zu beeinflussen" so heißt es gleich zu Anfang im Bericht der Enquete-Kommission an den Deutschen Bundestag (Gentechnologie 12, München 1987). Wie aber verträgt sich diese Aussage mit den biblischen Wertungen und mit der Ethik Albert Schweitzers?

– „... Über alle Artgrenzen hinweg ..." - In der Bibel heißt es immer wieder: „Gott schuf jedes nach seiner Art". Jetzt geht alles durcheinander. Erwin

Chargaff spricht in diesem Zusammenhang polemisch vom „großen genetischen Gulasch". Die Befürchtung, die Vielfalt der Arten werde darunter leiden, ist nur zu berechtigt. Dürfen wir, was wir können?

– „... mit einer neuen Stufe der Direktheit ..." - Ich höre in dieser Formulierung die trotzige Genugtuung über die Möglichkeit noch intensiveren Einwirkens. Das Subjekt Mensch trifft seine Objekte jetzt im Kern. Im „Konziliaren Prozeß" für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung geht es darum, Gewalt zu vermindern, auch die Gewalt gegenüber der Natur. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint beispielsweise die gentechnische Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen als völlig kontraproduktiv. Ein Vergleich mit dem Rüstungswahn drängt sich auf: Zuerst wird eine Waffe entwickelt, die alles Leben auszulöschen vermag. Danach werden überlebenssichere Bunker gebaut für diejenigen, die es sich leisten können. Dagegen bekennen Christen: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein."

– „... mit einer neuen Stufe der Geschwindigkeit ..." - Die Geschichte des Lebens auf der Erde verlief bisher sehr langsam. Was bewirken die von der Gentechnik erzwungenen neuen Rhythmen und Zeitmaße? Was bedeutet das Argument der Zeitersparnis („Zeit ist Geld"), wenn es um Wachstumsprozesse lebendiger Pflanzen geht?

Nach biblischem Glauben hat Gott auch die Zeit geschaffen. Alles Leben auf der Erde beruht auf Werden und Wachsen und Zeit lassen. Das verwehrt, mit technischen Mitteln die zeitlichen und kreatürlichen Abläufe des Lebens zu verzerren. Erwin Chargaff spricht vom „diabolischen Zeitraffer" der Gentechnik. Damit hat er ein biblisches Bild aufgegriffen, denn interessanterweise heißt es an einer Stelle: „Der Teufel kommt zu euch hinab und hat einen große Zorn und weiß, daß er wenig Zeit hat" (Offenbarung 12,12). Der Philosoph Hans Blumenberg notiert dazu: „Enge der Zeit ist die Wurzel des Bösen." Bosheit entsteht dadurch, „daß ein Wesen mit endlicher Lebenszeit unendliche Wünsche hat", daß der Mensch nicht akzeptieren kann, daß er sterben muß. Darum nennt auch Blumenberg „das Diabolische ein Konzentrat der das Leben durchziehenden Techniken und Kunstgriffe, Zeit zu gewinnen, um mehr von der Welt zu haben."

Wo Menschen irreversibel in den evolutionären Prozeß eingreifen, nehmen sie nicht nur ihre eigene Zeit, sondern alle künftige Zeit in ihre ungeduldigen und geldgierigen Hände. Dies ist eine widergöttliche Anmaßung, eine Verleugnung des Bekenntnisses, Geschöpf Gottes zu sein. Denn die Zeit gehört Gott, wie die Erde und alle seiner Geschöpfe (vgl. Psalm 31,16 und 24,1). ■

Anm.:
Kirchenrat Hans Schmiedehausen ist Beauftragter für Umweltfragen der Evangelischen Kirche von Kurhessen und Waldeck.

Die Bioethik-Konvention des Europarates Kritische Einwände

Karl Dieterich Pfisterer

Im Sommer vergangenen Jahres veröffentlichte der Europa-Rat den Entwurf einer Bioethik-Konvention, der seither Gegenstand der kritischen Diskussion in kirchlichen und politischen Gremien ist. Der folgende Beitrag läßt die Position des Diakonischen Werkes der EKD erkennen.

Die öffentliche Diskussion über die Bioethik-Konvention kommt spät, aber sie kommt noch nicht zu spät. In Deutschland begann diese Diskussion Mitte letzten Jahres und hat in der Zwischenzeit eine Intensität und Breite erreicht, die alle einmal vorgesehenen Pläne über die Zeitspanne für die Beratungen und den Zeitpunkt für eine Verabschiedung über den Haufen geworfen hat.

Die Entscheidung darüber, ob und wann der Entwurf der Bioethik-Konvention verabschiedet und an die Mitgliedsstaaten des Europarates zur Ratifizierung weitergeleitet wird, liegt allein beim Minister-Komitee des Europarates und nicht bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Vor Anfang 1996 ist nicht damit zu rechnen, daß sich das Minister-Komitee mit der Konvention befaßt.

Das große öffentliche Interesse, gerade in der Bundesrepublik Deutschland, hat dazu geführt, daß sich auch die Regeln für das Verfahren beim Zustandekommen dieser Konvention geändert haben: Der Bundestag ist schon bei der Beratung und nicht erst, wie es bei einer solchen völkerrechtlichen Vereinbarung in der Regel üblich ist, bei der Ratifizierung der Konvention eingeschaltet.

Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde

Wenn wir den vollen Namen der Bioethik-Konvention anschauen, dann sehen wir, daß sie in der Tradition des Europarates steht. Der volle Titel lautet „Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung der Biologie und Medizin". Die Ähnlichkeit mit der 1950 verabschiedeten Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist in der Betonung des Schutzes der Menschenrechte ganz offensichtlich.

Beiden Konventionen geht es um Menschenrechte, aber in verschiedenen ge-

schichtlichen Situationen und unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen. Menschenrechte sind heute nicht so sehr durch den Mißerfolg der Demokratie auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet bedroht, sondern es sind die wahrhaft fortlaufenden Erfolge der Medizin und Biologie, die dabei sind, unser Leben zu ändern. Fortlaufend in einem doppelten Sinne: Ein Erfolg folgt auf den andern, aber diese Erfolge scheinen unaufhaltsam und nicht mehr zu kontrollieren zu sein. Zurück bleibt die Ethik!

Aus diesem Bewußtsein heraus, daß Biologen und Mediziner mit ihren Erkenntnissen und den Anwendungen Beglückendes wie Bedrohendes, Heilendes wie auch Unheimliches bewirken, ist diese Konvention seit 1991 in Arbeit. Die Präambel der Konvention gibt der Überzeugung Ausdruck, daß der „Mißbrauch von Biologie und Medizin zu Handlungen führt, die die Menschenwürde gefährden". Die Konvention hat die Absicht zu bekräftigen, daß „die Fortschritte in Biologie und Medizin allein zum Nutzen der heutigen und folgenden Generation angewandt werden sollen." Die Frage allerdings bleibt, ob in jedem Fall so einfach Mißbrauch und Nutzen auseinanderzuhalten und voneinander zu trennen und als unterschiedlich zu erkennen sind. An dieser Stelle könnte ein weiterer Ansatzpunkt für eine öffentliche Diskussion und eine Nachbesserung der Präambel der Konvention sein.

Gentechnologie – Chancen und Risiken abwägen

Kritische Einwände

Die Konvention selbst besteht aus insgesamt 32 Artikeln. Die inhaltlichen Vereinbarungen umfassen 19 Artikel, die im ersten Kapitel zusammengefaßt sind. Aus dieser großen Zahl von rechtlichen Festlegungen zum Schutz der Menschenwürde sind es vor allem **drei**, die in der öffentlichen Diskussion zunächst eine Rolle gespielt haben und **zu denen sich das Diakonische Werk der EKD und die EKD selbst geäußert haben:** nämlich der Eingriff an einer nicht einwilligungsfähigen Person, die Forschung an in-vitro-Embryonen und der Umgang mit genetischen Tests. Unsere vorrangige Sorge war die traumatische Erfahrung der Diakonie, es seien wieder Experimente an Menschen, ja sogar an behinderten Menschen, vorgesehen, aber auch die berechtigte Sorge, daß die Weitergabe von Ergebnissen der Gentests für andere als für gesundheitliche Zwecke z.B. dazu führen wird, daß am Ende Versicherungen definieren, welche Behinderungen ein zu hohes finanzielles Risiko sind, obwohl sie vielleicht bei kleineren Behinderungen aus Werbegründen die Prämien ermäßigen, wenn sich der Versicherte gentechnisch sein Schönheitsideal erfüllen möchte.

Die wesentlichen Punkte sind:

1. Eingriffe bei Personen, die de facto oder de jure unfähig sind, in einen solchen Eingriff einzuwilligen, so z.B. Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen, demente alte Menschen, Kinder oder Suchtkranke: Hier lehnen wir einen Eingriff, der diesen Menschen selbst nicht nützt, auch unter der in der Konvention vorgeschlagenen restriktiven Bedingung, daß er der medizinischen Forschung diene und sein Risiko unerheblich sei, entschieden ab. Es sind bis heute besonders in Deutschland nicht die Bedenken ausgeräumt, als wolle man hier den Weg freigeben für Experimente an behinderten Menschen.

Es wird aber auch deutlich, daß ein Teil des Mißtrauens nicht die Forschung selbst trifft, sondern Ziel und Nutzen der Forschung deshalb in Zweifel gezogen werden, weil man wissen möchte, wer denn eigentlich über solche Forschungsvorhaben zu befinden hat. Hier haben Mediziner und Naturwissenschaftler noch vor sich, was Theologen schon lange hinter sich haben: eine Hinterfragung ihrer doch sehr großen Machtfülle.

Ebenso können wir auch dem in der Konvention weiter vorgesehenen Ausnahmefall, nicht einwilligungsfähigen Personen regenerierbares Gewebe zum Zweck der Transplantation auf nahestehende Personen zu entnehmen, grundsätzlich nicht zustimmen. Es darf auch in der Familie kein unnötiger Druck ausgeübt werden. Allerdings haben wir zu Bedenken gegeben, über Grenzfälle solcher Transplantationen (z.B. wenn leukämiekranke Kinder nur durch die Transplantation von Rückenmark eines nahestehenden Verwandten gerettet werden können) noch einmal nachzudenken.

Auch bei Eingriffen, die den einwilligungsunfähigen Personen nützen, haben wir noch weitere Verbesserungen der Schutzvorschriften gefordert. Solche Eingriffe sollten neben der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters auch einer gerichtlichen Genehmigung bedürfen, wenn sie schwerwiegend sind

oder (noch) kein gesetzlicher Vertreter bestellt worden ist.

Abgelehnt haben wir auch den in Art. 10 gebrauchten Ausdruck „Geisteskrankheit", weil er mit der Würde des Menschen nicht vereinbar ist. Wir haben statt dessen vorgeschlagen, als Überschrift die international übliche und aussagekräftige Formulierung zu verwenden „Schutz von Menschen mit psychischen Störungen und Menschen mit einer geistigen oder seelischen Behinderung".

2. Abgelehnt wird von uns auch eine Forschung an in-vitro-Embryonen. Alle Kirchen in Deutschland haben 1989 in einer Erklärung - Gott ist ein Freund des Lebens - in schöner ökumenischer Einigkeit wissen lassen, daß ein Embryo „individuelles Leben ist". Forschung an einem solchen Embryo wäre deshalb Experiment an einem Menschen!

3. Bedenken bestehen auch gegen den Umgang mit genetischen Tests. Hier haben wir zum einen gefordert, daß prädiktive Tests nicht nur auf gesundheitliche Zwecke zu beschränken sind, sondern auch die ausdrückliche informierte Einwilligung des Betroffenen sichergestellt werden muß. Zum anderen haben wir darauf hingewiesen, daß auch bei der Weitergabe genetischer Tests außerhalb des gesundheitlichen Bereichs die Schutzvorschriften ungenügend sind und es zusätzlicher Bestimmungen bedarf, um den Einzelnen nicht zu einem gläsernen Menschen zu machen.

Hier wie in den anderen Fällen haben wir die Bundesregierung aufgefordert, um einen europaweiten Konsens unserer Positionen besorgt zu sein, jedenfalls aber - sofern dies nicht gelingen sollte, einen Vorbehalt zu erwirken, daß es innerstaatlich bei den weit strengeren Schutzbestimmungen des deutschen Rechtes verbleibt.

Bedeutung für Europa

Wir vergessen in Deutschland zu oft, welche Errungenschaften wir für selbstverständlich nehmen, die für viele in Europa noch unerreichbar sind, Rechte, die sie durch diese Konvention erst erhalten werden, die für sie als Einstieg in Recht und Würde wichtiger sind als manche der Sorgen, die wir haben in Bezug auf die Forschung an Embryonen.

Es fällt zum ersten auf, daß fast die Hälfte aller Vereinbarungen zu Menschenrechten und Menschenwürde im ersten Kapitel um ein Thema kreisen und dieses entfalten: Die freie Zustimmung der Patienten muß gewährleistet sein. Notwendig ist in jedem Fall und als Recht zu verbürgen die freie Zustimmung der Patienten zu einer Behandlung, nachdem sie ausführlich über den Eingriff aufgeklärt worden sind. Es wird auch sehr deutlich gesagt, daß diese Einwilligung jederzeit wieder zurücknehmbar sein muß.

Zum anderen - und dies geht in eine ähnliche Richtung - ist die Festlegung zu verstehen, daß jedermann gleichen Zugang zu den Gesundheitsleistungen im jeweiligen Mitgliedsstaat hat und daß dieser durch diese Bestimmung in der Konvention eröffnet wird.

Geist und Maschine

Als Geschöpfe von Gott in die Verantwortung für die Mitschöpfung gerufen, erfahren wir Menschen uns als Wesen mit zwei Wesen. Die Erde, für die wir in der Mitverantwortung stehen, ist Gottes Schöpfung und genau so endlich wie wir Menschen. Über diese Verantwortung hinaus sind wir aber durch die Anrede Gottes berufen und damit über die Begrenzungen der endlichen Welt hinaus zur Freiheit geschaffen für ein Leben in Harmonie mit Gott.

Wer - was häufig geschieht - unsere Natur auf ihre materielle oder ihre geistig-geistliche Seite reduziert, der wird der vielschichtigen Ganzheitlichkeit dessen, was die menschliche Person ausmacht, nicht gerecht. Die menschliche Person und ihre körperliche Gestalt gehören untrennbar zusammen.

Philosophisch gesehen gilt es, alles zu vermeiden, was darauf hinausläuft, die Person als eine Art Geist zu betrachten, die die „Maschine" des Körpers nur benutzt oder gar den Körper des Menschen sieht als eine reparaturfähige Maschine oder als ein Ersatzteillager mit dem Ziele, diese „Bodenschätze" so weit auszubeuten, daß daraus Teile gewonnen werden können, um anderen Menschen ein möglichst langes Leben zu garantieren oder um deren Körper ganz und gar umzubauen.

Zwei Dinge sind sehr wohl auseinanderzuhalten. Da ist einmal, das zu beschreiben, was die Spezies Mensch von anderen Arten unterscheidet. Etwas ganz anderes aber ist es, Bedingungen festzulegen, die darüber entscheiden, ob jemand zu dieser Spezies gehört. Es mag ja sein, daß das, was den Menschen eig[illegible]net, Fähigkeiten wie Rationalität, Selbstreflexivität und moralisches Empfinden sind. Doch man kann sehr wohl Mensch sein und dazugehören, ohne diese Fähigkeit der Rationalität und des moralischen Urteils auszuüben. Um Mensch zu sein, muß man nicht das ausüben, was nach der Auffassung mancher Bioethiker einen Menschen ausmacht. Man muß nur von Eltern abstammen, die Menschen sind. Warum sollen bestimmte persönliche geistige oder physische Eigenschaften mehr zählen als die bloße Tatsache dieser Mitgliedschaft? Daß wir dennoch immer wieder auf die Eigenschaften sehen, hängt damit zusammen, daß wir unsere Sympathie und unser Interesse immer wieder auf die Starken und Schönen und Begabten konzentrieren, auf Menschen, die in der Regel uns selbst am ähnlichsten sind. Aber wir haben eben auch noch nicht völlig aus unserem Denken jene Vorstellung beseitigt, daß der Körper nur ein Vehikel für einen freien Geist ist, auf den angeblich alles ankommt. Wir müssen uns auf vielfältige Weise - in Wort und Tat, im Gottesdienst und Gebet - immer wieder daran erinnern lassen, daß wir lebendige Wesen sind, als Gottes Ebenbild geschaffen. ■

Anm.:
Dr. Karl Dieterich Pfisterer
ist Direktor der
Hauptabteilung I Theologie des
Diakonischen Werkes der
Evangelischen Kirche in Deutschland.

Jede Generation muß ihre Werte finden

Karsten Matthis

Seit Jahrzehnten versteht sich der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) als protestantische Zeitansage und Gradmesser gesellschaftlicher Strömungen. Über zu wenig Teilnehmer mußte sich die Institution nie sorgen, der Zulauf gerade von Jugendlichen ist seit Jahren ungebrochen.

Der 26. Deutsche Evangelische Kirchentag steht unter dem alttestamentlichen Bibelwort: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist." (Micha, 6,8) Der Prophet Micha, ein Zeitzeuge Jesajas, geht hart mit seinem Volk ins Gericht. Israel setzt auf die falschen Werte, ignoriert das göttliche Recht und hat sich innerlich von Gott losgesagt. Micha schärft Israel ein: Gottes Wort zu halten, Liebe zu üben und demütig zu sein vor Gott. Der Prophet Micha faßt damit den Kern der Botschaft der vorexilischen Propheten zusammen.

Die Klage über den Verfall von Sitte und Moral ist alt. Nicht nur die Propheten des Alten Testaments monierten eine Wertkrise ihres Volkes. Im antiken Rom übte Cicero scharfe Kritik am Zustand von Staat und Gesellschaft. Sein stereotypes „o tempora, o mores!" ist in die Literaturgeschichte eingegangen. Das Mittelalter ist in seiner Endphase geprägt von der Kirchenkritik der Humanisten und Reformatoren . Die Dialektische Theologie Karl Barths, Emil Brunners und Rudolf Bultmanns resultierte auch aus einer gesamtgesellschaftlichen Krisenstimmung nach dem 1. Weltkrieg. Seit Jahrhunderten wird beredt - häufig zurecht - über den Verfall von Werten und Normen geführt. Der Verlust aller sittlichen Werte ebnete den Nationalsozialisten den Weg zur Macht. Wo Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit ignoriert werden, haben menschenverachtende Ideologien leichtes Spiel.

Protest über Mangel an Ethik ist ein Spiegelbild der jahrhundertealten Diskussion über die Suche nach verbindlichen Werten und Normen. Generation auf Generation hat in Auseinandersetzung mit der vorhergehenden die überlieferten Werte auf den Prüfstand gestellt. Um ethische Orientierung ringt jede Generation neu. Vor diesem Hintergrund sind die tradierten Wertvorstellungen in einem jeweils anderen historischen Kontext neu begründet und dann bekräftigt oder auch verworfen worden.

Nichts

kann den Menschen mehr stärken als das Vertrauen, das man ihm entgegenbringt.

Adolf von Harnack

Der Verachter des Christentums, der Philosoph Friedrich Nietzsche, glaubte „eine Umformung aller Werte" vorantreiben zu müssen. Mit seiner propagierten Abschaffung des christlichen Menschenbildes wollte Nietzsche den „neuen Menschen" schaffen, der frei und unabhängig von der „christlichen Sklavenmoral" ist. Nietzsches Lebensschicksal führt seine Philosophie ad absurdum. In Karl Marx' politökonomischer Theorie ist „Wert" lediglich ein wirtschaftlicher Begriff (Mehrwerttheorie im Kapital). Überlieferte religiöse und moralische Werte und Normen gerieten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Konflikt zu neuen Forderungen. Nietzsche und Marx repräsentieren diesen Streit um Werte.

In unserem Jahrhundert spitzt sich die Auseinandersetzung zwischen „alten Werten", wie Nächstenliebe, Gemeinsinn und Patriotismus und „neuen Werten" wie Frieden, Ökologie und Selbstbestimmung zu. Nur die CDU hat es stets erfolgreich verstanden, „alte" und „neue" Werte programmatisch mit einander zu verbinden: Wertkonservativ und zugleich aufgeschlossen für neue ethischen Herausforderungen zu sein, gehört zur programmatischen Identität der Union. Diese Tradition ist im neuen Grundsatzprogramm von 1994 fortgesetzt worden.

In einer Phase tiefgreifender Veränderungen sind Debatten über Grundsätze und Grundwerte für jede Gesellschaft eine Notwendigkeit. Der rasante technologische Wandel, der Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie und Pluralisierung der Lebensstile erfordern eine Diskussion über Normen und Werte. Die vom Grundgesetz geschützten Werte müssen gerade jungen Menschen verdeutlicht werden. Zunehmende Gewaltbereitschaft an Schulen, die Flucht zu Drogen und Sekten sind alarmierende Signale, die auf eine Werteunsicherheit schließen lassen. Jugendliche müssen den Sinn von Werten und Normen erfahren. In Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und nicht zuletzt in staatlichen Institutionen und den demokratischen Parteien sind Werte zu vermitteln. In unserem Bildungssystem ist in den letzten Jahren eine wertorientierte Erziehung zugunsten einer bloßen Wissensvermittlung vernachlässigt worden. Statt konfliktorientierter und emanzipatorischer Pädagogik brauchen wir an Schulen eine Wiedergewinnung des Erzieherischen. In Vereinen und Verbänden wird Jugendlichen die Erfahrung von Zusammengehörigkeit und gegenseitiger Hilfe vermittelt. Werte und Normen werden gerade in der Gemeinschaft gelebt.

Jede Generation ringt um ihre Werte. Es ist die Aufgabe des Staates und aller Demokraten, zu einer Wertorientierung der jüngeren Generation beizutragen, damit die Werte des Grundgesetzes tradiert werden. Die Kirchen haben zu dieser Wertedebatte von je her einen entscheidenen Beitrag geleistet. Die Evangelische Sozialethik und die Katholische Soziallehre sind Orientierungshilfen für jede Generation. Es bleibt zu hoffen, daß der diesjährige Evangelische Kirchentag gerade Jugendlichen im Sinne der Kirchentagslosung Orientierung vermitteln wird. ■

Anm.:
Karsten Matthis ist evangelischer Diplom Theologe und Leiter der Abteilung Innenpolitik im Konrad-Adenauer-Haus.

Den EAK-Stand finden Sie in Halle 3 Obergeschoß (3 M 16) auf der Hamburger Messe

Leserbriefe

Betr.: EV 4/95
„Religionsunterricht für Muslime"

Dem Satz von Heiner Geißler „Ich lehne die dogmatische Vorstellung des Multikulturellen ab," sowie der mitgelieferten Begründung ist völlig zuzustimmen.

Nicht nur dies, sondern der Ausgangspunkt für ein multikulturelles Dogma und die Planung für einen moslemischen Religionsunterricht sind beide verfassungswidrig. Es stimmt eben nicht, wie auf Seite 8 behauptet, daß unser Verfassungsrecht die Gleichbehandlung aller bei uns vorhandenen Religionsgemeinschaften gebietet. Es ist ein totaler Irrtum, wenn man annimmt, die „Verfasser des Grundgesetzes mögen bei der Formulierung des Art. 7 zunächst nur an den christlichen Religionsunterricht gedacht haben." Man gesteht ihnen damit zu, daß sie noch nicht weiter gedacht haben können, und leitet davon die Berechtigung zu unserem „weitergehenden" Denken ab. Es muß demgegenüber festgestellt werden, daß die Verfasser des BGG ausschließlich und für immer an den christlichen RU gedacht haben. Sonst hätten sie den Text ja gar nicht so formuliert:

1. Das BGG enthält nur einen einzigen Artikel zum Thema „Schulwesen", den Art. 7. Das genügt vollkommen, denn „Erziehung und Unterricht" ist gem. Art. 30 BGG „Sache der Länder". Die badenwürttembergische Landesverfassung enthält hierzu 12, die nordrhein-westfälische, soweit ich sehe, acht Artikel.

2. In Absatz (5) Art. 7 BGG ist u.a. von der Gemeinschaftsschule die Rede. Welche „Gemeinschaftsschule ist gemeint, wenn nicht die christliche? Die Landesverfassungen weisen diese Präzisierung aus (BW Art. 16, NW Art. 12). Damit ist das BGG ebenfalls fixiert. Die Annahme eines möglicherweise nur in Richtung auf den christlichen RU zielenden bloßen Gedankens und nicht ausgesprochen absoluten Willens ist absurd.

3. Das heißt: Wenn in einem deutschen Bundesland muslimischer RU an staatlichen Schulen eingerichtet werden sollte, bedarf es zuerst einer Änderung des BGG, danach der Verfassung des betreffenden Bundeslandes, wobei festzulegen wäre, daß neben christlichem RU auch muslimischer an den deutschen Schulen zu unterrichten wäre. „Gemeinschaftsschule" hieße dann „christlich/mohammedanisch".

4. Ob zu einer solchen Grundgesetzänderung nach Art. 19 (2) überhaupt eine Möglichkeit besteht, ist völlig offen: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden". ■

Gerhard Dörr
Eichenhang 129
89075 Ulm

Betr.: EV 4/95
„Religionsunterricht für Muslime" und „Religionsunterricht - wozu?"

In unseren Diskussionen um den Religionsunterricht sollte eine einfache politische Grundfrage intensiv bedacht werden. Es ist die Frage nach einer weiten Übereinstimmung des Menschenbildes für die Zukunft unserer Gesellschaft. Unser gegenwärtiges Grundgesetz ist vom christlich-humanen Menschenbild geprägt. Dies zu begreifen setzt Information, Denken, Nachdenken und eine offene Diskussion voraus. Wollen wir diese geschichtlich gewachsene Grundübereinstimmung erhalten oder wollen wir von ihr Abschied nehmen, weil andere Menschenbilder verlockender erscheinen? Welches wäre dann aber humaner? Ein Mixtum unterschiedlicher Religionen bleibt ein Irrweg und reine Phantasie. Religion ist eben keine Gedankenkonstruktion, sondern wurzelt in der Geschichte und wohnt im innersten Bewußtsein der Menschen. Eine multikulturelle Gesellschaft wird zum sozialen Hexenkessel, wenn ein bestimmter Grad von „Beliebigkeit" an die Stelle von Freiheit tritt.

Mit der Frage nach dem Religions- und Ethikunterricht stehen wir vor weitreichenden politischen Fragen der Zukunft. Es wird spannend! ■

Johannes Hasselhorn
Oberlandeskirchenrat i.R.
Diedrich-Speckmann-Weg 15
29320 Hermannsburg

„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland"

Berlin. Das gemeinsame Diskussionspapier der beiden großen Kirchen unter diesem Titel, welches für den einjährigen „Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen" im November 1994 als dritter „Gemeinsamer Text" veröffentlicht wurde, war Gegenstand einer Podiumsdiskussion des EAK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Das Gespräch wurde vom Vorsitzenden **Stefan Dachsel** unter Nennung seiner ersten Eindrücke eröffnet.

Die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion, **Gisela Greiner**, MdA, bekannte eingangs freimütig, daß ihr das Lesen des Textes schwer gefallen sei und daß sie sich frage, worin die Kirchen ihre spezifische Verantwortung sehen. Die Anliegen der Kirchen, so erwiderte OKiR Dr. **Helmut Zeddis**, der Leiter der EKiD-Außenstelle Berlin, seien offen im ersten Kapitel mit drei Op

Einladung zum 27. Bonner Theologischen Gespräch

„Aus der Befreiung leben"

Ignatz Bubis
Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland

Moderation: Peter Hintze
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Montag, 26. Juni 1995, 19 Uhr
Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn

tionen genannt: „für die Schwachen, für eine soziale Friedensordnung und soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt". In diesen Grundanliegen bestärkte ihn der Leiter der Katholischen Akademie Berlin, Landesminister a.D. Dr. **Werner Remmers**, denn die Kirchen müßten sich berufen fühlen, den Menschen ins Gewissen zu reden. Doch es sei ihm fraglich, ob - als zentraler Gedanke genommen - Verhältnisse wie in der sog. Dritten Welt im eigenen Lande herrschten. Als „Zerrbild der Bundesrepublick" kritisierte das Papier denn auch der evangelische Sozialethiker an der Humboldt-Universität Berlin, Prof. Dr. **Rolf Kramer**, der auch Diplom-Volkswirt ist. ■

Begegnung mit dem Islam

Marburg. Die Vielgestaltigkeit des Islams und die Frage der Toleranz standen im Mittelpunkt des Vortrags- und Diskussionsabends mit dem Orientalisten Prof. Dr. **Heribert Busse** (Mühlheim/Main), zu dem der Evangelische Arbeitskreis der CDU Marburg-Biedenkopf unter Leitung von Dr. **Gottfried Mehnert** eingeladen hatte. Die Begegnung Europas mit dem Islam habe, so Busse zwei Gesichter: ein kriegerisches und ein kulturelles. So sei der „Kampf gegen die Ungläubigen" im Islam ein ständig wiederkehrendes Thema, wobei der Djihad (heilige Krieg) gegen Ungläubige als gerecht betrachtet würde, während der von Ungläubigen geführte Krieg als ungerecht gelte. ■

Einladung zur 35. EAK-Bundestagung

27.-28. Oktober 1995, ab 14 Uhr
Augustinerkloster, Erfurt

Bitte diesen Termin schon jetzt vormerken!!

P.S. Für die Delegierten organisiert die EAK-Bundesgeschäftsstelle die Übernachtung. Hotelreservierungen über: Erfurt-Information, Bahnhofstr.37, Tel.: 03 61/5 62 62 67

Lehren aus der Geschichte. Verantwortung für die Gegenwart. Aufgaben für die Zukunft.

Nürnberg. Unter diesem Motto fand die diesjährige Landestagung des EAK-Bayern statt. Innenminister **Dr. Günther Beckstein** sagte einleitend, es sei sein Anliegen, eine ethisch verantwortungsvolle Politik zu gestalten. Dort, wo wirkliche Not herrsche, müsse geholfen werden. So habe Bayern mehr Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen als jedes andere Bundesland.

Dr. Ingo Friedrich, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, befaßte sich bei der Begrüßung mit dem Kriegsende: eine eindimensionale Sicht werde dem komplexen Geschehen nicht gerecht. Weder das von Deutschen verübte Leid dürfe vergessen werden, noch das an ihnen verübte Leid.

Michael Glos, Dr. Werner Dollinger, Dr. Günther Beckstein (von links)

Für die meisten Deutschen sei der 8. Mai 1945 „in erster Linie ein Tag des Aufatmens, der tiefen Erleichterung und der ersten Hoffnung auf eine Zukunft ohne Angst", meinte dann **Michael Glos**. „Nur wer sich erinnert, kann Gefahren für die Zukunft bannen" an dieses Wort, in diesen Tagen von Bundespräsident Roman Herzog geprägt, erinnerte Glos weiter. Totalitarismus und Menschenverachtung seien nicht zu bekämpfen, wenn sie schon die Macht ergriffen haben.

Michael Glos sprach von der nahezu 50 jährigen Geschichte der CSU, vom Verhältnis von Staat und Kirche, von christlichem Politikverständnis. „Wir wollen die Vertreter kirchlich engagierter Verbände und Gruppierungen ermuntern, politische Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen darüber hinaus jene berechtigten Sorgen und Anliegen aufgreifen, die den Verantwortungsbreich der Kirchen berühren.

Dr. Werner Dollinger sprach das Schlußwort der Tagung: „Den Zeitgeist können wir nicht einholen, er ist uns immer voraus. Wir brauchen stattdessen die Tugenden von Anstand und Sitte, und wir brauchen wieder Vorbilder." ■

Unter der Überschrift „Verantwortung für morgen - Kirche und Politik im Gespräch" diskutierten Staatsminister **Dr. Günther Beckstein, Udo Hahn** (Rheinischer Merkur) und **Pfarrer Dr. Helmut Millauer** auf der südlichen EAK-Kreisvorsitzendenkonferenz in Schwarzenbruck bei Nürnberg (von rechts). ■

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · **Verlag:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln, 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Den Teufelskreis durchbrechen

Norbert Blüm

„Kinderarbeit und Arbeitslosigkeit sind ein Teufelskreis: Kinder, die arbeiten, besuchen keine Schule. Weil sie ohne Ausbildung sind, werden sie als Erwachsene auch keine Arbeit finden. Weil sie als Erwachsene keine Arbeit finden, müssen ihre Kinder abermals zur Arbeit gezwungen werden. Weil die Kinder arbeiten...

Kinderarbeit ist billig. Ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Kinder nimmt die Kinderarbeit zu. Die schlimmste Form ist die Schuldknechtschaft. Kinder werden von ihren Eltern an deren Gläubiger verkauft. Das ist eine neue Form von Sklaverei.

Kinderarbei ist Ausdruck einer verkehrten Welt. Kinder arbeiten, Erwachsene sind arbeitslos. Kinder gehören in die Schule und Erwachsene brauchen Arbeit. Kinderarbeit muß ein Weltthema werden.

In der Marktwirtschaft ist der Kunde König. Er hat die Auswahl. Kein Konsument muß Teppiche kaufen, die mit Kinderhänden geknüpft sind. Ich unterstütze RUGMARK, eine Kennzeichnung für Teppiche, die ohne Kinderarbeit hergestellt werden.

Was im Naturschutz möglich war, ist im Menschenschutz nötig. Produkte, die mit der Ausrottung von Tieren erkauft werden, haben Absatzverluste.

Produkte, die mit der Gesundheit und dem Leben von Kindern bezahlt werden, dürfen keine Käufer finden. Keinen Pfennig für Ausbeutung! Ausbeutung muß immer und überall bekämpft, Kinderarbeit weltweit geächtet werden." ■

Presseerklärung zum Bericht über Kinderarbeit in der Welt.

Den Bericht können Sie über das Bundesministerium erhalten unter: Tel.: 0228/527-2224 (Pressestelle).

Unsere Autoren:

Kai-Uwe von Hassel
Lyngsbergstr. 39 b
53177 Bonn

Albrecht Martin
Hugo-Reich-Str. 10
55543 Bad Kreuznach

Jochen Borchert
EAK-Bundesvorsitzender
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Hans Schmiedehausen
Holländische Str. 42
34479 Breuna

Dr. Karl D. Pfisterer
Stafflenbergstr. 76
70184 Stuttgart